



Bundesarbeitsgemeinschaft Den Kindern von Tschernobyl In Deutschland e.V.

Partnerin der Gesellschaftlichen Organisation
"Den Kindern von Tschernobyl" Minsk –
(der Belarussischen Gemeinnützigen Stiftung
„Den Kindern von Tschernobyl“)

BAG Den Kindern von Tschernobyl i.D., Karl-Immermann-Str.28,
D-48143 Münster

An den Bundesaußenminister
Herrn Frank Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Nachrichtlich:
An den Bundesumweltminister
Herrn Siegmund Gabriel
Alexanderstraße 3
10178 Berlin

An den Botschafter der Bundesrepublik
Deutschland
Herrn Dr. Weiß Minsk
Ul. Sacharowa 28
BY 220034 Minsk
Belarus

Vorstand

Prof.Dr.Erika Schuchardt, Hannover
Prof.Dr.Helge Schenk, Göttingen
Frank Nägele, Solingen
Ursula Steuernagel, Lüneburg
Pfarrer Burkhard Homeyer, 1.Vors.
Münster

Burkhard Homeyer
Karl-Immermann-Str.28
D-48165 Münster
Tel +49-2501-70927 Fax ~27417
E-mail: Burkhard.Homeyer@t-online.de

Münster, den 24.11.2008

Offener Brief: Verbot der Kindererholungsreisen

Sehr geehrter Herr Außenminister,

Für das umgehende Antwortschreiben vom 18.11.2008, das Sie uns durch Ihr Haus haben zukommen lassen, möchte ich Ihnen danken. Allerdings gehen Sie mit keinem Wort auf unsere Argumentation, die Sorgen und Anfragen der Tschernobylinitiativen, ein, sondern halten uns hin mit der seit Wochen bekannten, immer wieder schablonenhaft von oben herab formulierten, nichtssagenden Standardformel: wir prüfen.

Gestatten Sie mir dazu einige Rückfragen. Halten Sie dies für angemessen angesichts dessen, dass mehr als 40 langjährig in einer großen zivilgesellschaftlichen Bewegung in unserem Land engagierte Bürger und Bürgerinnen aus ganz Deutschland zusammengekommen sind, Zeit und Mühen nicht gescheut haben, um für die weitere Tschernobylarbeit eine Perspektive zu finden und Ihnen ihre Stellungnahme und Besorgnis – nur um zu hören, was sie sonst schon zu hören bekamen - vorzutragen:

Für Tausende von Kindern, ihr Wohl und ihre **verbrieften** Rechte auf Gesundheit und Reisefreiheit. Schon können Kindergruppen nicht reisen. Wissen Sie wie viele schon?

Für tausendfache kleine Friedens- und Versöhnungsbrücken zwischen den Menschen in Ost und West.

Für Erinnerung und Mahnung an jenes Desaster mit dem Namen „Tschernobyl“. Wollen auch Sie – gemeinsam womöglich mit der Nuklearindustrie -, dass mit „Tschernobyl“ (verbunden mit dem Namen der Kinder von „Tschernobyl“) jetzt Schluss ist? (siehe Dokumentation der Frankfurter Rundschau vom 15.April 1994: „Wenn die Kinder kommen, dann bringen sie ihre Botschaft mit“).

Ist Ihnen unsere „Erklärung von Kassel“ so wenig wert, dass man kein Wort dazu verlieren muss?

Soll auch mit diesem zivilgesellschaftlichen Engagement in unserem Land Schluss sein, ist es der Politik gleichgültig geworden?

Das ist seit Jahren die Absicht der belarussischen Seite. Bisher konnten wir uns auf die Unterstützung von deutscher politischer Seite verlassen, **verlässlich** war für uns die Zusicherung des „Memorandums of

Understanding“, das Außenminister Genscher 1994 geradezu als staatlichen Schutz für unsere Arbeit hat erreichen können. **Doch will ich nicht verhehlen, dass eben dies Zutrauen, dies Vertrauen in die Verlässlichkeit Ihrer Politik für viele Menschen infrage steht und Schaden zu nehmen droht.** Wissen Sie um den Schaden, den Sie mit Ihrem Hinhalten anrichten?

Dies gilt umso mehr, als nunmehr auch auf deutscher Seite die bürokratischen Hürden und Schwierigkeiten immer höher und größer werden. Um Beispiele zu nennen.

Früher half die dt. Visastelle ohne Zögern aus, wenn sich im letzten Augenblick eine Kindersammliste veränderte. Jeder weiß, dass im letzten Augenblick ein Kind für die Erholungsreise ausfällt, dafür aber ein anderes mitreisen kann. Die neue Order heißt, dass die ganze Antragsstellungsprozedur von vorne beginnen muss, und immer wieder von vorne: Papiere, Papiere, Papiere...Warten, Warten, Warten... So kann man Menschen entmutigen.

Oder, die Fahrer unseres Busses erhalten kein längerfristiges Visum mehr, es muss von Fahrt zu Fahrt beantragt werden. Das gleiche gilt für die Leiter unserer belarussischen Partnerorganisation.

Wie schwer machen Sie es den letzten Resten der belarussischen NGO's, aber auch uns. Nicht von ungefähr entsteht so **der Eindruck, dass nicht nur Herr Lukaschenko daran interessiert ist, dass mit der zivilgesellschaftlichen Tschernobylbewegung bald Schluss ist.** Daran kann der deutschen Politik doch nicht gelegen sein. Schon geht das Motto um, „die Kinder werden interniert, Diktatoren dürfen reisen“.

Von unserer Seite werden wir alles tun, um diesem Eindruck zu widersprechen. So möchte ich Sie bitten, alles zu tun, dass auch von Ihrer Seite kein falscher Eindruck entsteht. Wie schon im letzten Schreiben vermerkt, stehen die Tschernobylinitiativen, Organisationen, Kirchen und Kirchengemeinden jetzt in der Vorbereitungsphase für das nächste Jahr.

Wer prüft? Gibt es ein Subjekt?

Wann wird die Prüfung abgeschlossen sein und wie lange sollen wir warten, bis Sie konkrete Schritte erkennen lassen? Gibt es in Ihrem Haus keine klaren Terminvorgaben?

Mit welcher Zielrichtung wird geprüft?

Welche Kriterien sind für die Prüfung maßgeblich?

Wie sehen die einzelnen Schritte dieser Prüfung aus?

Wer wird mit wem darüber verhandeln?

Wo bleiben die Hauptbetroffenen, wird nur über sie geredet? „Hört den Schrei der Kinder von Tschernobyl“, wer hört ihn?

Warum hält man uns bis heute den belarussische Vertragsentwurf vor und gibt ihn uns bis heute offiziell nicht zur Kenntnis?

Gilt für die deutsche Seite noch das „Memorandum of Understanding“ von 1994?

Wollen Sie nicht wahrnehmen, dass für das Regime in Belarus die „Kinder von Tschernobyl“ (nur) ein Testfall sind –ein Testfall, an dem Herr Lukaschenko erneut erprobt, wie weit er gehen kann, und was der Westen, was Deutschland, deutsche Initiativen zu schlucken bereit sind in Fragen von Menschenrecht, Zivilgesellschaft, Demokratie, sein Regime zu akzeptieren und hoffähig zu machen? Und zu spalten?

Was trägt der Hinweis auf das „Minsker Forum“ aus, an dem die Bundesarbeitsgemeinschaft selbst beteiligt war? Ist es Ihrer Meinung nach die geeignete Plattform für ernsthafte zwischenstaatliche diplomatische Bemühungen und klare deutsche Positionierungen? Wie unterstützen Sie den Gegenentwurf der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung vom 13.Oktober 2008 (Doc 11749: „End the travel ban for Chernobyl children“)? Oder kennen Sie diesen gar nicht?

So erwarten wir von Ihnen endlich einen konstruktiven Lösungsbeitrag, der für uns mehr ist als ein Hinhalten, sondern der das in Ihre Politik gesetzte Vertrauen rechtfertigt; den wir weitergeben können an verunsicherte Initiativen, Gasteltern, Engagierte und im weitesten Sinne Beteiligte, an Mandatsträger und Öffentlichkeit. Es gibt genügend Interessierte, die wissen möchten, wie unsere Regierung agiert und reagiert.

Soll mit Ihrem Namen verbunden sein, dass die „Tschernobylkinder“ nicht mehr kommen - wie am Anfang mit dem Namen des damaligen Außenministers Genscher, dass sie reisen konnten?

Sollen wir uns gezwungen sehen, den uns im letzten Jahr von der Südpfälzischen SPD verliehenen „Martinipreis“ zurückzugeben, zu dem Bundesumweltminister Gabriel die Laudatio hielt?

Mit freundlichen Grüßen

Burkhard Homeyer

